

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreise mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und die Frauen- und Jugendzeitung einjährig 80 Pf., halbjährig 45 Pf., vierteljährig 27 Pf., unter Vorbehalt für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 5. — Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingierstraße 14, II. Et. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zingierstraße 14, Et. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertionspreise werden die 6spaltigen Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinzelt 25 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 143.

Dresden, Montag den 24. Juni 1912.

23. Jahrg.

## Der 9. Konsumvereinskongress

In Berlin, der in der vorigen Woche tagte, war ein bemerkenswertes Zeichen ruhigen, zielstrebigem Vorwärtsschreitens der deutschen modernen Konsumvereinsbewegung. In einem Zeitraum von neun Jahren, da er besteht, hat sich der Zentralverband Deutscher Konsumvereine zu einer der bedeutendsten Organisationen dieser Art entwickelt. Seine Mitgliederzahl stieg von 575 000 auf 1 825 000. Das wachsende Interesse der Arbeiter an der Sache hat diesen Aufschwung herbeigeführt. Denn es bleibt dabei: die Konsumvereinsbewegung ist gegründet auf den Willen und das Interesse der Proletarier. Und es war ein gutes Zeichen der Einsicht in diese Tatsache, daß die Begrüßungsrede des österreichischen Bundes Genossen Dr. Renner fürmlichen Beifall bei den über 200 Delegierten erntete, der den natürlichen intimen Zusammenhang zwischen der Konsumvereins- und der modernen Arbeiterbewegung scharf hervorhob. Eine starke und wirtschaftlich einflussreiche Konsumvereinsbewegung wird ein wirklicher Arbeiterbewegung sein, oder — sie wird nicht sein! Können die Gegner darob die Konsumvereine „sozialdemokratisch“ scheitern und sie denuncieren. Dieses Geschrei zieht heute nicht mehr, sein Zweck ist nur zu durchsichtig. In den Lehren und Mahnungen sind die Verdrängungspunkte der Bewegungen hervorgehoben, ihre Grenzlinien festgelegt und die Bedeutung der Konsumvereine vom Standpunkt des wirtschaftlichen Interesses der Arbeiter gewürdigt worden. Das ist Richtschnur für die politisch organisierten Arbeiter. Partei und Konsumvereine werden dabei nicht schlecht fahren. Die Gegner aber mögen weiter schimpfen.

Können sie doch jetzt eben wieder in altgewohnter Weise über die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine her. Besonders in einem Punkte hat es der imposante Berliner Kongress ihnen angetan. Die Konsumvereine und Gewerkschaften haben beschlossen, für ihre Mitglieder eine Volksversicherung zu gründen. Sie sollen ins Leben zu rufen. Weil sie der Meinung sind, es sei nicht gerade nötig, daß arme Arbeiter auch noch auf dem Wege der Versicherung Objekt trauer Ausbeutung sein sollten. Weil sie es nimmermehr ablehnen, in Zukunft schwerste Dürren und Millionen reich zu machen. Man solle meinen, jeder vernünftiger Mensch müßte aus solchen Gründen schon einen derartigen gesunden Schritt auf dem Wege wirtschaftlicher Selbsthilfe der Arbeiter mit Freuden als eine eminent praktische Tat begrüßen. Die Gegner und die kapitalistische Welt jedoch! Die Gegner der Arbeiter wissen das Versteckene von der Art des Dresdener Angeizers ist nur eine: die neue Eigen-Volksversicherung der Arbeiter ist nur eine: eine verdrängte Waffe der Sozialdemokratie. Darum, Staat, Staat, daß der Schaden geschieht! So wird geschrien, kaum daß der Beschluß in Berlin gefaßt ist! Daß die denkende Arbeiterklasse nicht mehr mit hohen Versicherungsprämien wenigen Leuten ein nichtstündes Schlemmerleben schaffen helfen will — das ist in den Augen dieser Profiteure ein Verbrechen an der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Wie wackerlich muß sie doch sein! Die Arbeiter aber lächeln und gehen zur Tagesordnung über. Es ist sicher: der Berliner Konsumvereinskongress hat in diesem Beschluß einen sehr guten Gedanken der Vertiefung nahe gebracht!

Auch sonst wurde wertvolle Arbeit für die Weiterentwicklung der Sache geleistet. Der Genossenschaftstag stimmte neuen Musterstatut zu, das schon jahrelang in verschiedenen neuen Konsumvereinsentwicklungen Anwendung war und der modernen Konsumvereinsentwicklung der neuen Zeit Rechnung trägt. Bisher waren die einzelnen Vereine bei Schaffung oder Änderung eines Statuts immer noch auf das Gutachten des bürgerlichen Allgemeinen Verbandes angewiesen. — Von großer Wichtigkeit für die ganze Bewegung ist auch die im Prinzip beschlossene Reorganisation des Zentralverbandes. Er soll wesentlich erweiterte Führungs- und Verwaltungsinstitutionen erhalten. Die lose Form der Föderation und der Zentralisation nähern. Es soll sich mehr dem Charakter der Zentralisation nähern. Es ist nur zu wünschen, daß die Unterverbände der einzelnen Bundesstaaten und Bezirke des Reichs nicht allzuviel an ihrer Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit einbüßen. Das wäre ein schwerer Fehler! Im übrigen können die in dieser Richtung gefaßten Beschlüsse wohl als eine in der Entwicklung liegende Notwendigkeit angesehen werden. Die Unterverbände sollen in ihrer Verfassung geändert und in jedem ein weiterer Sekretär angestellt werden.

Das Referat über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels brachte im wesentlichen Material zur Beurteilung des blühenden Kampfes der Mittelständler gegen die Konsumvereine. Die Bewegung der letzteren kann dadurch nicht aufgehalten werden, wie sich zur Genüge gezeigt hat. Im Gegenteil, sie wird erst recht emporsteigen. Die Mittelständler werden in das Feuer, das sie löschen wollen. Die Konsumvereinsbewegung ist im vollen Gange und bereits so stark, daß nur Loren meinen können, sie sei aus der Welt zu schaffen. — Eine andere rein geschäftliche Neuerung schien nicht allentäglich Zustimmung auf dem Genossenschaftstag zu finden. Die Verlagsanstalt, die jetzt ein Teil des Zentralverbandes ist, soll in eine eigene Gesellschaft mit beschränkter Haftung, wie die Großhandels-Gesellschaft, umgewandelt werden. Endgültig wird darüber aber erst ein außerordentlicher Genossenschaftstag im Herbst entscheiden, ebenso über die Verfassungsänderungen des Zentralverbandes und der Unterverbände.

Alles in allem hat der Berliner Kongress gezeigt, daß die deutsche Arbeiter-Konsumvereinsbewegung stramm marschiert. Ihre Entwicklung in den letzten Jahren steht in der Geschichte der Konsumvereine ohne Gleichen! Die in England nicht ausgeschlossenen. — Erwähnenswert scheint man auch in leitenden Kreisen des Zentralverbandes einzusehen, daß das bisher dort beobachtete Abwärtstreiben von der modernen Arbeiterbewegung nicht im Interesse und im Wesen der Sache liegt. Hoffen wir, daß diese Einsicht weitere Fortschritte macht und auch die künftigen Kongresse von diesem Geiste befeuert sein mögen!

Im nächsten Jahre wird der 9. Konsumgenossenschaftstag in Dresden abgehalten, wo auch der erste 1903 statt fand und der Zentralverband mit großer Begeisterung begrüßt wurde. Die Arbeiterklasse und die Konsumvereine des Dresdener Bezirkes werden alles tun, um der geachteten Tagung einen würdigen Empfang zu bereiten. Inzwischen schreiten die Konsumvereine zu neuer Arbeit und zu — neuen Erfolgen. Tropaliedem!

## Regierungsvorgängen über den Geburtenrückgang.

Das preussische Ministerium des Innern hat auf Grund der jüngsten Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik einen Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet, worin sie zu Erhebungen über die Ursachen des Geburtenrückganges in Preußen aufgefordert werden. Nach Eingang der Berichte der Regierungspräsidenten wird das Ministerium über die einzuleitenden Maßnahmen zur Verhinderung eines weiteren Rückganges der Geburtenzahl beschließen.

Interessanter Aufschluß über die Bevölkerungsabnahme gibt der von der Medizinalabteilung des preussischen Ministeriums des Innern bearbeitete Bericht über das Gesundheitswesen des preussischen Staates. Nach diesem Bericht ist die Gesamtsterblichkeit in Preußen mit 16,3 Todesfällen auf 1000 Einwohner auf die bisher niedrigste Rasse gesunken. Dagegen hat die Geburtenzahl mit nur 30,83 Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner noch weiter als in früheren Jahren abgenommen. Die Volksvermehrung war jedoch mit 581 465 gewonnen. Die Geburtenzahl war jedoch mit 581 465 gewonnen. Die Volksvermehrung war jedoch mit 581 465 gewonnen. Die Geburtenzahl war jedoch mit 581 465 gewonnen. Die Volksvermehrung war jedoch mit 581 465 gewonnen.

Die Sterblichkeitsziffer hat sich dagegen, wie schon gesagt, gebessert. 1875 ergab sich in Preußen noch eine Sterblichkeitsziffer von 26,3 Personen auf 1000 Einwohner, für 1910 nur noch 16,3. Entsprechende Zahlen für das Reich ergeben folgende absteigende Linie: 1876: 29,3; 1881: 26,9; 1891: 24,7; 1906: 21,8; 1908: 19,9; 1910: 17,1. Zwar macht sich auch in den anderen Kulturstaaten ein Rückgang der Sterblichkeit bemerklich, aber doch bei weitem nicht in so großem Maßstabe wie bei uns.

Zu dieser Statistik nimmt nun die offizielle Norddeutsche Allgemeine Zeitung in ihrem Wochenrückblick Stellung. Sie bemerkt zunächst zu dem Geburtenrückgang, daß die preussische Regierung die eingangs angeordneten Erhebungen angeordnet hat, und sagt dann weiter:

„Ohne den Ergebnissen der Untersuchungen vorzuziehen zu wollen, lassen sich doch über die allgemeinen Ursachen des Geburtenrückganges aus der Kenntnis des praktischen Lebens einige Maßnahmen herleiten. In erster Linie dürfte das Problem sozialer, nicht physiologischer Natur sein. Ein einseitige Erziehung der Masse zu denken liegt ferneher. In einem so weitgehenden Maßstab der Geburtenrückgang ist ein Anzeichen für den Zustand der Bevölkerung. Der Rückgang der Geburtenzahl ist ein Anzeichen für den Zustand der Bevölkerung. Der Rückgang der Geburtenzahl ist ein Anzeichen für den Zustand der Bevölkerung.“

erfolgreich zu Werke gehen. Erfahrungsgemäß ist solchen allgemeinen Erhebungen der Bevölkerungsabnahme mit den doch immerhin beschränkten staatlichen Mitteln nicht leicht beizukommen. Die Gefahr liegt nahe, daß nur auf Symptome harret, das Uebel aber nicht an der tiefstliegenden Wurzel erfaßt wird. Jedenfalls aber dürften sich im Falle der Not zwei Reihen von Abwehrmaßnahmen als notwendig erweisen, solche ökonomischer und sozialer Natur und solche der Erziehung und Volksbildung, wozu u. a. auch eine schärfere Überwachung mancher Anpreisungen von Geheimmitteln und eine systematische Propaganda gegen malthusianische Lehren gehören dürften. Die Statistik legt die Vermutung nahe, daß an dem Sinken der Geburtenziffern in erster Linie die städtische Bevölkerung die Schuld trägt. So tritt hier die Leutenot und die Abwanderung vom Lande in die Stadt in anderer Form als Bevölkerungsproblem wieder auf, und die Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit der inneren Kolonisation tritt auch hier in den Vordergrund. Für die Großstädte aber wäre in erster Linie durch Förderung der Gartenstadtbewegung, gemeinnützigen Bauwesen, Ausbildung der Vertriebsmittel Arbeit anzustellen. Zur Verwirklichung ist noch darauf hinzuwirken, daß nicht bloß die Grundbesitzer der Güter, sondern auch die Hausbesitzer der Gassenwohnungen seit 1906 eine fortwährende Verminderung erfahren hat.“

Die Tendenz zur Abnahme der Geburtenzahl zeigt sich ja nicht nur in Deutschland, sondern auch mehr oder weniger in allen Kulturländern. Mit steigender Kultur werden auch in den Volksmassen die Lebensbedürfnisse größer. Damit aber steigt oft die Verschärfung des Kampfes um die Existenz und vor allem die Verteuerung der Lebenshaltung in Widerspruch. Kein Wunder, daß so mancher vor der Welt zurückbleibt und das Bedürfnis besteht, die Kinderzahl möglichst einzuschränken.

Daß der Regierung die Abnahme der Geburtenzahl große Bedenken bereitet, ist nur zu natürlich. Ein Land, dessen Bevölkerung sich nicht vermehrt, das von anderen in der Bevölkerungszahl überholt wird, muß an politischen Einfluß anderen Mächten gegenüber verlieren. Der politische Einfluß Frankreichs hat zweifellos dadurch gelitten, daß seine Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten fast gar nicht mehr zunimmt. Die Weltung eines Staates unter den Mächten hängt heute doch letzten Endes zum größten Teil von der Größe des Heeres ab, das der betreffende Staat auf die Welt bringen kann. Ein Land, dessen Bevölkerung nicht mehr zunimmt, kann anderen in dieser Beziehung nicht mehr entgegenkommen. Die Abnahme der Bevölkerung führt zu einer Verringerung der Zahl der jungen, wehrfähigen Männer. Das betreffende Land kommt an einen Punkt, wo der Vermehrung seines Heeres unüberwindliche Grenzen gesetzt sind.

Zu dem Geburtenrückgang in Deutschland hat zweifellos die Zoll- und Steuerpolitik des Deutschen Reiches ein gut Teil beigetragen, weil sie alle die Lebensmittel sehr stark verteuert hat und so die großen Familien besonders hart trifft.

Will die deutsche Regierung vermeiden, daß ein Zustand eintritt, wo sie selbst, wenn sie einen noch so bewilligungseifrigen Reichstag hat, nicht so viel Soldaten beschaffen kann, als sie braucht, so muß sie zunächst einmal dafür sorgen, daß die bisher vom Deutschen Reich getriebene Zoll- und Steuerpolitik aufhört. Das vertriebene Volkswirtschaftspolitik aufhört. Das vertriebene Volkswirtschaftspolitik aufhört. Das vertriebene Volkswirtschaftspolitik aufhört. Das vertriebene Volkswirtschaftspolitik aufhört.

## Deutsches Reich.

### Ein neues Gewehr.

Ein neues Gewehr ist wieder einmal erfunden worden. Die militärischen Mitarbeiter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung in diesem Blatte mitteilt, ist es dem Gewehrfabrikanten Schreiber in Göttingen gelungen, eine neue Waffe für die Infanterie zu konstruieren, die nicht nur tadellos sicher funktioniert, sondern auch in Bezug auf Schnelligkeit der Wiederaufladung eine bisher unerreichte Höhe aufzuweisen hat, so daß die Heeresverwaltung bereits Schritte unternommen habe, um sich diese Erfindung zu sichern.

Der militärische Mitarbeiter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung meint, daß das Gewehr ohne Rücksicht auf den Rost-